

**Tages-Anzeiger; 29. Mai 2002**

Ausgaben-Nr. Seite 9 Inland

## **Ausländer statt Kinderkrippen**

*Mehr Ausländer, nicht mehr Kinderkrippen brauche die Wirtschaft. Nicht alle der 73 am Dienstag publizierten Forderungen der SVP zum Wirtschaftsstandort sind so überraschend.*

Von Richard Aschinger, Bern

In einem Jahr sind Wahlen. Die Flugzeit der Wahlkämpfer läuft. Die CVP suchte Aufsehen mit einem Nein zum Expo-Kredit. Die FDP profilierte sich kurz vor dem Bundesratsentscheid mit einem Plädoyer für die Stammzellenforschung als zukunftsgerichtete Kraft. Am Dienstag präsentierte sich jetzt die SVP als die einzige Partei, die es mit der Sicherung des Wirtschaftsstandorts Schweiz ernst meint.

Die anderen bürgerlichen Parteien seien handlungsunfähig, weil «im eigenen Filz gefangen», sagte Parteipräsident Ueli Maurer an einer Pressekonferenz. Unter dem Slogan «Ja zum Wirtschaftsstandort Schweiz» formuliert die SVP 73 Forderungen. Maurer und die drei Unternehmer-Nationalräte Otto Laubacher (Luzern), Peter Spuhler (Thurgau) und Hansruedi Wandflue (Bern) begründeten unter anderen folgende Positionen:

Mit einem Sparprogramm «in Milliardenhöhe» soll die Staatsquote des Bundes bis 2006 um 10 Prozent gesenkt werden. Sparen will die SVP überall ausser bei der Forschung und beim Militär. Maurer: Bei der Verteidigung sei «die Zitrone ausgepresst». Auch Bauern dürfen mit Milde rechnen: Hier müsse verhindert werden, dass noch **mehr** Menschen unter die Armutsgrenze fielen.

Tiefere Steuern sollen insbesondere kleinen und mittleren Betrieben Erleichterung bringen. Konkret: Realisierung des ersten Steuerpakets «ohne Abstriche». Senkung der Gewinnsteuer von 8,5 auf 7,5 Prozent und «allenfalls eine Senkung der Mehrwertsteuer».

Das Bankgeheimnis soll in der Verfassung gesichert werden. Im Falle der Zahlstellensteuer, die der Bundesrat der EU in der neuen bilateralen Verhandlungsrunde angeboten hat, zieht die SVP jetzt schon «ein Referendum in Betracht». Sozialwerke dürfen nicht weiter ausgebaut werden. Konkret: Keine Mutterschaftsversicherung und keine Ausweitung des Zugangs zu Pensionskassen.

Kein EU-Beitritt und bis «zur Abstimmung über die Freizügigkeit im Jahr 2009» keine bilateralen Verhandlungen. Wo Arbeitskräfte fehlen, sollen **Ausländer** geholt werden. Wörtlich heisst es im SVP-Papier: «Dem Problem des Arbeitsmarktes ist nicht durch staatliche Kinderbetreuung beizukommen. Vielmehr ist Arbeitskräftemangel durch eine auf die jeweiligen Bedürfnisse der **Wirtschaft** ausgerichtete Rekrutierung von Arbeitskräften aus dem Ausland zu beheben.»

Der Forschungsstandort Schweiz soll durch Steuererleichterungen und Gewinnbeteiligungen attraktiver gemacht werden. Das Dosiersystem am Gotthard soll aufgehoben, die Autobahnen gemäss Avanti-Initiative ausgebaut werden. Die Atomenergie wird «vorbehaltlos» unterstützt. Strommonopole sollen aufgehoben werden. Die Position der SVP zum Strommarktgesetz bleibt aber offen.

Der Bund soll die Swisscom ganz verkaufen. Neue Mobiltelefonantennen sind «beschleunigt» zu bewilligen. Strahlenschutzwerte über dem Niveau anderer Industrieländer lehnt die SVP ab.